

Das Wichtigste vom Wirtschaftstag Lucas Zeise zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Die Termine des Regierungspersonals drängeln sich vor der Sommerpause. Am Donnerstag musste das halbe Bundeskabinett mit den Chefs einiger Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaftsoberen einen ganzen Arbeitstag auf Schloss Meseberg verbringen. Es ging um die geringer werdende Tarifbindung. Nur die Hälfte der Betriebe sei noch von Tarifverträgen erfasst, berichtete Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Das wollen wir nicht, log Angela Merkel, die blinzelnd in der Sonne neben Gabriel stand. Vielleicht könne man Anreize für die Unternehmen schaffen, damit sie wieder mehr Tarifverträge schließen, sagte sie. Für willige Unternehmer könne man ja das Arbeitszeitgesetz etwas lockern. Das hatte die zuständige Ministerin, Andrea Nahles, vorgeschlagen. Ergebnisse wurden nicht erwartet, und die gab es auch nicht. Aber die Tarifpartner sind sich und der lieben Koalition einen Tag lang demonstrativ wieder näher gekommen.

Nicht so nah jedoch, wie zwei Tage zuvor, als der »Wirtschaftsrat der CDU« in Berlin im Hotel Maritim seinen großen »Wirtschaftstag« abhielt. Das Gremium ist weniger bekannt als der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder andere Spitzenverbände. Was daran liegt, dass im CDU-Wirtschaftsrat nicht alle Fragen, die das Kapital interessieren, behandelt werden müssen. Er kann sich auf die wichtigen konzentrieren, sieht sich als die »Speerspitze der Erneuerung der Wirtschaft«, wie der seit einem Jahr amtierende Präsident Werner M. Bahlsen (Eigentümer und Chef der gleichnamigen Keksfirma) formuliert. 11.000 Mitglieder hat der Verein. Die klassische Lobbyarbeit hat man nicht nötig. Der Rat ist wesentlicher Bestandteil der wichtigsten

Partei des Großkapitals und bestimmt so ohnehin, was in Berlin entschieden wird. Mit Popelkram muss er sich nicht befassen.

Wirklich Wichtiges hatte Merkel am Wochenende davor geklärt: Die Erbschaftssteuer bleibt trotz des Einspruchs des Bundesverfassungsgerichtes harmlos. Kein Kapitalist in diesem Land muss fürchten, dass seine Kinder mehr als nur einen kleinen Obolus zahlen müssen, ehe sie die Firma, den Betrieb oder den Großkonzern übereignet bekommen. Das Erbrecht und das Erbschaftssteuerrecht sind wichtig, damit die Akkumulation nur durch Krisen, aber eben nicht durch Staatseingriffe unterbrochen wird. Die Steuer darauf fördert die Neigung der Kinder und Enkel, Kasse zu machen. Sie ist damit das Einfallstor für ausländische Hedgefonds und sonstige Heuschrecken.

Den zweiten Punkt trug die Kanzlerin im Kreise der ihr besonders Lieben selbst vor: Die Militärausgaben sollen deutlich erhöht werden. Der Wehretat mache in Deutschland nur 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, in den USA 3,4 Prozent. Das müsse sich angleichen. Europa könne sich nicht allein verteidigen. Dass der Feind, gegen den es sich zu verteidigen gelte, Russland sei, wurde vorausgesetzt. Von »buh« rufenden Unternehmern, die ihre Geschäfte mit Russland im Zuge dieser Merkel-Strategie dahinschwinden sehen, wurde nichts bekannt.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er übernimmt ab Juli als Chefredakteur die Leitung der Wochenzeitung *Unsere Zeit (UZ)* der DKP

<http://www.jungewelt.de/2016/06-25/041.php>